

15.07.97

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Dritten Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung

Prof. Dr. Kurt Schelter
Staatssekretär
im Bundesministerium des Innern

Bonn, den 9. Juli 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Erwin Teufel

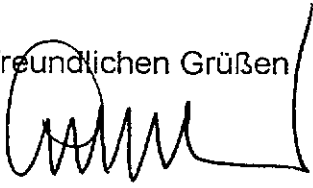
Sehr geehrter Herr Prsident,

zu der Entschließung des Bundesrates, Drucksache 185/96 (Beschluß), nehme ich wie folgt Stellung:

Die Bundesregierung hat sich bemüht, die Arbeiten an dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Verwaltungskostenrechts des Bundes möglichst zügig zum Abschluß zu bringen. Dies war schwierig, da annähernd 100 Rechtsvorschriften des Bundes an das novellierte Verwaltungskostengesetz angepaßt werden müssen. Die Ressortabstimmung ist inzwischen weitgehend abgeschlossen, und ich gehe davon aus, daß der Gesetzentwurf im September dem Bundeskabinett zur Beschlußfassung zugeleitet werden kann.

Es ist allerdings nicht vorgesehen, den § 10 des Verwaltungskostengesetzes dahingehend zu ändern, daß die Umsatzsteuer und ggf. andere Steuern als Auslagen erhoben werden können. § 10 wird in Zukunft nicht mehr eine abschließende, sondern eine beispielhafte Aufzählung von Aufwendungen, die als Auslagen erhoben werden können, enthalten. Wenn es sich also als notwendig erweist, daß - ausnahmsweise - anfallende Umsatzsteuern als Auslagen in Rechnung gestellt werden sollen, wird dies ohne vorherige Änderung von Kostenverordnungen möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'O' followed by several vertical strokes and a horizontal line at the end.